

II-3859 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1998 IJ

1991-11-19

A N F R A G E

der Abgeordneten Haigermoser, Dr. Partik-Pablé, Mag. Haupt  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend die Abschiebung eines rechtskräftig verurteilten  
Suchtgifthändlers

In Österreich konnte durch die im Jahr 1985 erfolgte Änderung  
der strafrechtlichen Bestimmungen des Suchtgiftgesetzes und  
insbesondere durch die jüngsten Fahndungserfolge im Rahmen  
internationaler Zusammenarbeit eine Erhöhung der generalpräven-  
tiven Wirkung und somit eine entsprechende Eindämmung der  
Suchtgiftkriminalität erwartet werden.

Nun mußte - nach vorliegenden Informationen - am 4. Oktober  
dieses Jahres jedoch dem Interview eines Exekutivbeamten in der  
Fernseh-Regionalsendung "Salzburg aktuell" entnommen werden,  
daß ein bereits rechtskräftig verurteilter Suchtgifthändler  
fremder Staatsangehörigkeit aufgrund der Intervention seines  
Rechtsanwaltes und einer entsprechenden Weisung des Innenmi-  
nisteriums offenbar nicht abgeschoben werde.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang  
an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es den Tatsachen, daß ein Exekutivbeamter in  
der "Salzburg aktuell"-Fernsehsendung vom 4. Oktober die  
beschriebene Aussage getroffen hat?
- 2) Entspricht diese Aussage den Tatsachen?

- 3) Wenn ja:
- a) Wer hat seitens Ihres Ressorts mit welcher Begründung die gegenständliche Weisung erteilt?
  - b) Erachten Sie diese Vorgangsweise auch in generalpräventiver Hinsicht als gerechtfertigt?